

**Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG)
Opferberatungsstelle**

Gesuch um Verlängerung der Kostengutsprache für Notunterkunft im Rahmen der längerfristigen Hilfe nach Art. 13 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 14, 15, 16 und 17 OHG (Opferhilfegesetz)

NAME

VORNAME

Name der Notunterkunft	
Eintrittsdatum in Notunterkunft	
Bezugsperson in der Notunterkunft	Nachname Vorname
Erstaufenthalt in Notunterkunft?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Erstkontakt mit einer Opferberatungsstelle?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Wurde in dieser Angelegenheit bereits Kostengutsprache im Rahmen der Soforthilfe erteilt? *Von welcher Stelle?	<input type="checkbox"/> Ja* <input type="checkbox"/> Nein
Bitte Antrag und KG beilegen	

Liegen der Antrag und die Kostengutsprache der Soforthilfe bei, ist Punkt 1 (Angaben zur gesuchstellenden Person und deren Kinder) nicht auszufüllen!

1. Personalien gesuchstellende Person (von Straftat betroffene Person)

Name	
Vorname	
Geschlecht	<input type="checkbox"/> w / <input type="checkbox"/> m
Strasse / Nr.	
Postleitzahl / Ort	
Geburtsdatum	
Nationalität	
Zivilstand	
Aufenthaltsbewilligung/Status	
Tel. Handy	

Kinder gesuchstellender Person (in Begleitung):

Name, Vorname, Geburtsdatum, Ausbildung	<input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> m
Name, Vorname, Geburtsdatum, Ausbildung	<input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> m
Name, Vorname, Geburtsdatum, Ausbildung	<input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> m
Name, Vorname, Geburtsdatum, Ausbildung	<input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> m

2. Begründung des Gesuches um längerfristige Hilfe

Zur Prüfung des Gesuchs ist eine Beschreibung der Ereignisse und eine Begründung notwendig. Ergänzen Sie Ihre Ausführungen, die Sie im Gesuch um Soforthilfe zur Vorgeschichte, den Vorfällen unmittelbar vor dem Eintritt in die Notunterkunft, der erlittenen Beeinträchtigung und den Straftatbeständen gemacht haben.

Ergänzende Informationen zum Erstgesuch:

Werden Sie durch die beschuldigte Person weiterhin bedroht?	<input type="checkbox"/> Ja* <input type="checkbox"/> Nein
---	--

***Weshalb muss der Aufenthalt verlängert werden?**

Schildern Sie die bestehende Gefährdung und machen Sie Angaben zum erhöhten Schutz- und Betreuungsbedürfnis sowie zum Zusammenhang zur Straftat.

Wurden Alternativen zur Verlängerung des Aufenthalts in der Notunterkunft geprüft?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
--	---

Geprüfte und verworfene Alternativen:

Welche Alternativen wurden geprüft? Weshalb wurden Sie verworfen? Weshalb wurden keine Alternativen geprüft?

Entwicklung der Bedrohungssituation seit Eintritt in die Notunterkunft:

Was hat sich seither ereignet? Wie hat sich die Täterschaft seither verhalten? (Bitte beschreiben sie allfällige konkrete Ereignisse unter Angabe von Ort, Datum und Zeit)

Was wurde seit Eintritt in die Notunterkunft unternommen bzw. erreicht:

Welche Ziele wurden in Zusammenarbeit mit der Bezugsperson bisher verfolgt? Was wurde bisher erreicht?

Ziele und Massnahmen für die Zeit der beantragten Verlängerung:

Welche Ziele wurden in Zusammenarbeit mit der Bezugsperson für den weiteren Aufenthalt in der Notunterkunft definiert? Welche Massnahmen sind insbesondere zur Stabilisierung und zur Gewährung von Schutz und Sicherheit vorgesehen.

Ergänzende Informationen zur Täterschaft

Zur Einschätzung des Gefährdungspotenzials sind Angaben zur Täterschaft – soweit bekannt – hilfreich, wie psychische Störungen, Suchtmittelkonsum, Schusswaffenbesitz, Kontrollverhalten.

Strafverfolgung / Zivilverfahren:

Wurde die Polizei beigezogen?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	
Wurde Strafanzeige erstattet?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Noch nicht entschieden
Falls ja, wo wurde Strafanzeige erstattet?			
Wurde eine Wegweisungsverfügung erlassen?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	
Falls ja, Datum:			
Dauer der Wegweisung?			
Wurde ein Strafverfahren eingeleitet?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	
Werden Zivilforderungen im Strafverfahren beantragt?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	

Wenn ja, welche?	
Wurde ein Anwalt/eine Anwältin eingeschaltet?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="text"/> Name, Vorname: <input type="text"/> Adresse: <input type="text"/> Kanzlei: <input type="text"/> Telefon:
Eheschutzmassnahmen / Vorsorgliche Massnahmen im Scheidungsverfahren eingeleitet? (Art. 175 ZGB)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Wenn ja, welche?	
Wurde ein Arzt/eine Ärztin aufgesucht?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Liegen ärztliche Berichte vor?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

3. Ergänzende Angaben

Bei Notunterkunft nicht im Wohnsitzkanton

Warum wurde auf eine Rückplatzierung verzichtet?

Regressformular

Wurde das beiliegende Formular über die Regresshandhabung durch die gesuchstellende Person unterzeichnet?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein, es liegt bereits dem Soforthilfe-Gesuch bei <input type="checkbox"/> Nein
---	--

4. Beantragte Leistungen

Die beantragten Leistungen sind zu begründen und bei Rechnungsstellung zu belegen.

Anzahl Tage Notunterkunft:

A: Notunterkunft (von bis)

Gesuchstellende Person	Tage à Fr.	Fr.
1. Kind	Tage à Fr.	Fr.
2. Kind	Tage à Fr.	Fr.
3. Kind	Tage à Fr.	Fr.
4. Kind	Tage à Fr.	Fr.

B: Diverse weitere Hilfeleistungen

1.		Fr.
2.		Fr.
3.		Fr.
4.		Fr.

C: Übersetzungskosten

Übersetzungsstunden	Std.	Fr.
Fahr- und Wegspesen		Fr.

Total Kostengutsprache **Fr.**

Begründung diverse weitere Hilfeleistungen:

5. Finanzielle Verhältnisse der Gesuchstellenden Person

Beziehen Sie Sozialhilfe? falls ja, bitte Beleg beilegen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
falls nein, wie hoch ist Ihr monatliches Einkommen?	Fr.

Falls Sie keine Sozialhilfe beziehen, bitten wir Sie, uns die aktuelle definitive Steuerveranlagung einzureichen oder Ihre finanzielle Situation anderweitig zu belegen (bspw. Lohnausweis, Antrag um Sozialhilfebezug, Kontoauszüge).

6. Akteneinsicht, Auskünfte und Erklärung

Die gesuchstellende Person erklärt sich damit einverstanden, dass die Opferberatungsstelle und die Entschädigungsbehörde im Zusammenhang mit diesem Gesuch soweit notwendig bei den involvierten Amtsstellen (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte, Bedrohungsmanagement) und Sozial- und Privatversicherungen sowie den betroffenen Gemeindebehörden (Steuerbehörde, Einwohnerdienste, KESB) die entsprechenden Unterlagen einsieht und ediert.

Die gesuchstellende Person entbindet die involvierten Ärztinnen/Ärzte oder Therapeutinnen/Therapeuten sowie Anwälte/Anwältinnen von der Schweigepflicht und ermächtigt sie, der Opferberatungsstelle und der Entschädigungsbehörde bezüglich der Straftat(en) vom _____ (Datum) Bericht zu erstatten und erforderliche Unterlagen auszuhändigen.

Insbesondere folgende Personen/Fachstellen entbinde ich von der Schweigepflicht:

Die gesuchstellende Person erklärt sich damit einverstanden, dass die Leistungen direkt an die Notunterkunft überwiesen werden.

Verwirkungsfrist Entschädigung und Genugtuung

Die gesuchstellende Person bestätigt hiermit, über die Verwirkungsfrist von fünf Jahren nach der Tat für das Einreichen von Gesuchen für Entschädigung oder Genugtuung informiert worden zu sein.

Regress/Regressverzicht

Die gesuchstellende Person bestätigt hiermit, dass sie über die Regresshandhabung des Kantons Luzern informiert worden ist und das entsprechende Beiblatt unterschrieben hat.

Ort / Datum

Unterschrift Gesuchsteller/in

Unterschrift Bezugsperson

7. Einzureichende Unterlagen

Gesuch um Kostengutsprache Soforthilfe Notunterkunft	<input type="checkbox"/>
Kostengutsprache Soforthilfe für Notunterkunft	<input type="checkbox"/>
Beleg Sozialhilfebezug oder Antrag	<input type="checkbox"/>
Belege zu finanzieller Situation	<input type="checkbox"/>
Belege diverse weitere Hilfeleistungen spätesten bei Rechnungsstellung einzureichen	<input type="checkbox"/>
Belege Übersetzungskosten spätesten bei Rechnungsstellung einzureichen	<input type="checkbox"/>
Erklärung betreffend Regress	<input type="checkbox"/>

Bitte Gesuch und Regressblatt ausgefüllt und unterschrieben zusammen mit den erforderlichen Unterlagen senden an:

Dienststelle Soziales und Gesellschaft
Rechtsdienst
Entschädigungsbehörde nach OHG
Rösslimattstrasse 37
6002 Luzern

**Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG)
Opferberatungsstelle**

**Regressweise Geltendmachung der Ansprüche gegenüber dem Täter oder der
Täterin durch die Opferhilfebehörde**

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich, _____, geb. _____

habe von der Opferhilfe folgende Leistungen erhalten:

- Soforthilfe
(z.B. juristische Erstberatung, Krisenintervention, Notunterkunft etc.)
- Einen Kostenbeitrag an längerfristige Massnahmen
(z.B. Psychotherapie, Anwaltskosten etc.)
- Entschädigungsvorschuss oder/und Entschädigung
- Genugtuung

Gemäss Art. 7 Abs. 1 OHG sind meine Ansprüche im Rahmen der obgenannten Leistungen deshalb auf den Kanton Luzern übergegangen.

In Art. 7 Abs. 3 OHG ist allerdings vorgesehen, dass der Kanton darauf verzichtet, seinen Anspruch gegenüber dem Täter oder der Täterin geltend zu machen, wenn dadurch schützenswerte Interessen des Opfers oder einer Angehörigen gefährdet würden.

- Ja**, ich habe davon Kenntnis genommen, dass die Opferhilfebehörde des Kantons Luzern ihren Anspruch gegenüber dem Täter oder der Täterin geltend machen kann.
- Nein**, ich bitte Sie – gemäss Art. 7 Abs. 3 OHG – auf den Regress gegenüber
_____ (Name und Vorname) zu verzichten.

Begründung:

Besten Dank

Freundliche Grüsse

Ort / Datum

Unterschrift Gesuchsteller/in
